Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

28.11.1931 (No. 278)

Visual Library

Nr. 278 Samstag, den 28. November 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Eine unfriedliche Abrüstungskundgebung

Auf dem Pariser internationalen Abrüstungskongreß

Anläßlich einer öffentlichen Kundgebung des Internationalen Abrüstungskongresses im größten Saal von **Paris**, im Trocadero, kam es Freitagabend zu **großen Tumulten**. Der Vorsitzende **Herriot** wurde während seiner Begrüßungsansprache niedergeschrieen. Die Tumulte dauerten über eine Stunde, und richteten sich gegen alle Redner. Gleich, als Herriot die Versammlung eröffnete, wurde er durch Gegenkundgebungen von der Galerie niedergeschrieen. Von seiner Ansprache, die er trotzdem zu halten versuchte, war nichts zu verstehen. Die Gegenkundgebungen, die anscheinend vorbereitet waren, lösten Kundgebungen seitens der Versammlungsbesucher aus. Man hörte Pfiffe und alle möglichen Ausrufe, darunter auch verschiedentlich den Namen Hitlers. Ein Teil der Manifestanten versuchte, die Marseillaise anzustimmen. Als **Herriot** mit dem Führer der Frontkämpfervereinigung Croix du Feu sich dahin zu verständigen suchte, daß einer ihrer Leute zu Wort käme, verlangten diese sofort, das Wort ergreifen zu dürfen. Dies wurde abgelehnt. Hierauf stürmten die Manifestanten das Podium. Es kam zu **Schlägereien**. Herriot und de Jouvenel konnten sich nur mit Mühe vor tätlichen Angriffen schützen. Eine Kette von Polizisten deckte sie, und de Jouvenel konnte, um der Form zu genügen, wenigstens die vorgesehenen Schlußworte sprechen.

Zu Beginn der Abrüstungskundgebung hatten trotz des Lärms die auf der Rednerliste stehenden Referenten versucht, ihre Reden zu halten, wurden jedoch durch Demonstranten zum Teil niedergeschrieen. Der deutsche Zentrumsabgeordnete **Joos** konnte sich zeitweilig verständlich machen, und die wesentlichen Stellen seiner Rede wurden sogar vom Publikum mit Beifall aufgenommen. Allerdings waren auch einige unflätige Ausrufe zu hören, gegen die das Publikum protestierte.

Als **Lord Cecil** seine Rede hielt, wurde der Lautsprecher eingeschaltet, so daß der englische Delegierte, der an die französische Höflichkeit appellierte, einigermaßen verständlich war. Er befürwortete die Abrüstung auf Grund internationaler Abmachungen. — Alsdann wurde aus Amerika eine Botschaft des Senators **Borah** direkt übertragen, die allerdings ziemlich verzerrt ankam. Borah spielte darin auf die Wirtschaftskrise an. — Hierauf sprach **Painlevé**. Er betonte den Friedenswillen der Länder. Die unproduktiven Militärausgaben würden eines Tages zerstörend wirken, aber Frankreich habe 1919 nicht die versprochene Garantie erhalten. Painlevé sprach von einer Übergangszeit allmählicher Abrüstung, die zur völligen Abrüstung führen müsse.

Beim Verlesen einer Botschaft des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) sowie einer Botschaft der Kriegsverletzten und ehemaligen Frontkämpfer, in der diese sich für den Frieden erklären, entstand immer größerer Lärm. Um 11,15 Uhr franz. Zeit wurden die Gegenkundgebungen so stürmisch, daß die **Gendarmerie** den Sitzungssaal betrat, um das Podium der Redner und der geladenen Gäste zu schützen. Als der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, **Houghton**, zu sprechen versuchte, wurde er fortgesetzt unterbrochen und teilweise ertönten Rufe: „à Berlin!". Diese zielten anscheinend auf die Behauptung von Blättern ab, daß Houghton ausgesprochen deutschfreundlich sei. Ein Pfeiffkonzert begann, das Schreien und Johlen wurde immer stärker.

*

WTB. **Paris**, 28. Nov. (Tel.) Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit den lärmenden Kundgebungen im Trocadero. Die Blätter der Rechten, wie „Action Française", die Coty-Presse und „Echo de Paris" **begrüßen** die Kundgebungen, während die radikale „République" und „Oeuvre" sich scharf gegen die Urheber der Ausschreitungen wenden.

Deutschland und die englischen Zölle

WTB. Berlin, 28. Nov. (Tel.) Die Reichsregierung hat der britischen Regierung durch die deutsche Botschaft in London vorgeschlagen, sofort in freundschaftliche Verhandlungen über die Lage einzutreten, die durch die neuesten englischen Zollmaßnahmen entstanden ist.

Amerikanische Banken und Stillhalteabkommen

WTB. **New York**, 28. Nov. (Tel.) Die am Stillhalteabkommen beteiligten **amerikanischen Banken** haben heute bekanntgegeben, daß alle bisher **ungeklärten Fragen** über das gegenwärtige Kreditabkommen ihre **Erledigung gefunden** haben, nachdem die **deutsche Regierung**, die Reichsbank, die Golddiskontbank und die deutschen Privatbanken befriedigende Zusicherungen über die strittigen Punkte abgegeben haben.

Wie in **Berlin** auf Anfrage bestätigt wird, ist Reichsbankdirektor **Müller** als Delegierter der Reichsbank zum Federal Reserve Board entsandt worden, um in allen Geld- und Währungsfragen eine möglichst enge und beschleunigte **Zusammenarbeit** zwischen dem deutschen und dem **amerikanischen Noteninstitut** zu gewährleisten.

Letzte Nachrichten

Die bevorstehenden Schuldenverhandlungen

Die Haltung Amerikas

WTB. **London**, 28. Nov. (Tel.) **Der diplomatische Korrespondent der „Financial News" schreibt: Wenn irgendein Zweifel über die Haltung bestanden hat, die die französische Regierung während der kommenden Konferenz einnehmen wird, so ist er durch Lavals Rede und deren Aufnahme in der französischen Kammer vollkommen zerstreut worden. Die britische Haltung ist ebenfalls klar, und über den italienischen Standpunkt, der wohl mehr durch politische als durch finanzielle Erwägungen bestimmt wird, herrscht wohl auch kaum ein Zweifel. Die Vereinigten Staaten sind Deutschlands Hauptgläubiger auf Handelskonto; deshalb erwartet man von ihnen, daß sie der britischen Politik folgen werden.**

Indessen hofft man in Paris, daß die Regierung der Vereinigten Staaten durch eine angedrohte Zurückziehung offizieller französischer Depositen aus New York zu einer Haltung wohlwollender Neutralität gegenüber dieser Meinungsverschiedenheit gebracht werden könnte. Der bei dem Besuch Lavals in Washington entstandene Eindruck, daß **Hoover die Initiative für immer aufzugeben** versprochen habe, **ist nicht richtig.** Hoover hat sich bereit erklärt, **vorläufig** keine Schritte zu unternehmen, um Frankreich die Möglichkeit zu bieten, auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Deutschland zu Abmachungen zu kommen. Sollte Frankreich diese Gelegenheit aber nicht ausnützen, dann würden allerdings die Vereinigten Staaten sich nicht mehr für gebunden halten und die **Initiative ebenso wie im Juli ergreifen.**

Der Korrespondent weist darauf hin, daß die **technische Position New Yorks heute erheblich stärker** sei als im Oktober, als die Zurückziehung französischer offizieller Guthaben ernste Schwierigkeiten hätten verursachen können.

Grandi über Lavals Kammerrede

WTB. **New York**, 28. Nov. (Tel.) Der italienische Außenminister **Grandi** erklärte bei einem Frühstück, der Hauptzweck seines Amerikabesuches sei die Übermittlung der **Zusage Italiens** gewesen, an der Lösung der großen internationalen Probleme des Augenblicks **loyal mitarbeiten** zu wollen. Zur letzten Rede des **französischen Ministerpräsidenten** sagte er, aus den Leitartikeln der „Times" könne geschlossen werden, daß die französische Regierung und das französische Volk den exzessiven Nationalismus überwinden und weitherziger handeln werden, wenn sie sich mit den großen internationalen Fragen und Gefahren befassen müssen, die sich im nächsten Jahr zweifellos der Welt aufdrängten. Im Augenblick habe allerdings **Laval** die ausländischen Freunde Frankreichs **enttäuscht**, da er in seiner Haltung zu viel aufgab, um dadurch seine politische Position im Lande selbst zu stärken. Er habe zwar seine Mehrheit erhalten, es **frage sich jedoch, ob er auch das Vertrauen da gewonnen habe, wo Frankreich es am nötigsten bedürfe.**

Der deutsche Einzelhandel zum Preisniveau

Die ungleichmäßige Preisentwicklung

CNB. **Berlin**, 28. Nov. (Priv.-Tel.) **Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat anläßlich des Abschlusses der Beratungen des Wirtschaftsbeirats die Preis- und Kostenentwicklung für Waren verschiedenster Art einer Nachprüfung unterzogen und eine Denkschrift über diese Frage an den Reichskanzler und andere Reichs- und Staatsbehörden gesandt.**

Diese Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß im Preisabbau nicht überall eine gleichmäßige Senkung erfolgt sei. Das treffe für die Kosten für Verkehr, Heizung und Beleuchtung und vor allem für Mieten zu. Während die Bekleidungskosten seit Juli 1929 um 22 Proz. und die Ernährungskosten um 20,7 Proz. gesunken seien, wiesen die **Mieten** eine Erhöhung um 4,4 Proz. auf.

Der Sturz der Weltmarktpreise für **Weizen** und **Roggen** sei wegen der hohen Agrarzölle im inländischen Preisniveau nicht annähernd zum Ausdruck gekommen. Die Weltmarktpreise für Weizen seien seit 1929 um 60 Proz. gesunken, während die Weizenpreise in Deutschland nur um 12 bis 13 Proz. zurückgegangen seien. Die Preise in Deutschland betrügen **mehr als das 2½fache** der Weltmarktlage. Die Weltmarktpreise für Roggen seien um etwa 50 Proz. gesunken, während die Inlandspreise, dank der Zollpolitik, um 6 bis 8 Proz. anziehen konnten.

Eine Lockerung des Preisschutzes für **Markenartikel** habe nur geringe Bedeutung, da von den Ausgaben für Ernährung und Körperpflege insgesamt nur 5,3 Proz., auf preisgebundene Markenartikel entfielen.

Eine Senkung der gebundenen Preise für **Düngemittel, Eisen- und Kohlenpreise, Preise** auf dem **Baumarkt** im Rahmen der kartellmäßigen Bindungen sei dringend erforderlich, da hier die Preisbildung der allgemeinen Preissenkung nicht gefolgt sei. Daneben müßten die Preise für Geschäftsräume, Wohnungen, Heizung, Beleuchtung und Verkehr gesenkt werden, wenn eine fühlbare Hebung der Kaufkraft herbeigeführt werden solle.

Reichsminister Dr. Groener spricht am kommenden Sonntag um 18.30 Uhr im **Rundfunk** über das Thema „Vom Glauben an Deutschland". Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen.

*Zur politischen Lage

Das Schuldenproblem

Immer mehr und mehr muß man zu der Überzeugung gelangen, daß ein **großer Teil des Auslands überhaupt noch gar nicht begriffen hat, wie die Lage Deutschlands eigentlich ist, und worum es bei den Verhandlungen mit unseren Gläubigern eigentlich geht.** Ein erheblicher Teil des Auslands hält immer noch mit einer schon beinahe aufreizenden Verranntheit an der Fiktion fest, daß Deutschland ein reiches Land sei und ganz gehörig bezahlen könne, wenn es nur wolle. Im besten Falle gibt man zu, daß wir zur Zeit mit vorübergehenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und daß man uns eine Atempause gewähren könne.

Auf den Ton solcher Anschauungen ist leider auch die Rede gestimmt gewesen, die der **französische Ministerpräsident** dieser Tage gehalten hat. Laval **lehnt jede tiefgreifende Revision des Young-Plans ab** und will höchstens interimistische Erleichterungen gewähren, und auch das nur unter der Bedingung, daß auch die interalliierten Schulden an Amerika dementsprechend geändert werden. Grundsätzlich fordert er nach Ablauf des Hoover-Moratoriums die **Rückkehr zur formalen Grundlage des Young-Plans.** Den öffentlichen und privaten Finanzen Deutschlands macht er den Vorwurf, daß sie in den letzten Jahren nicht mit der nötigen Sorgsamkeit und Sparsamkeit verwaltet worden seien. Es sei nicht verwunderlich, daß die französische Öffentlichkeit sich über die verschwenderischen Ausgaben aufhalte, die in den letzten Jahren in Deutschland gemacht worden seien; Deutschland habe die Industrie rationalisiert und modern ausgerüstet, und es habe die Städte verschönert, dies alles aber **mit geborgtem Geld**, und nun erkläre es einfach, daß es nicht zahlen könne. Und schließlich hat Laval mit allem Nachdruck nochmals einen **Vorrang der privaten Schulden** vor den Reparationszahlungen **abgelehnt.**

Nun, es ist ja ganz klar, daß wir so nicht weiterkommen. Wenn der französische Ministerpräsident aus all den Reisen und Besprechungen der letzten Monate als der Weisheit letzten Schluß die in dieser Rede niedergelegten Auffassungen gewonnen hat, dann kann man sich von der weiteren Diskussion mit ihm nur wenig versprechen. Natürlich ist es richtig, daß uns in den Jahren nach der Stabilisierung der Mark das Ausland, und zwar vor allem England und Amerika, gar zu bereitwillig und in gar zu großem Umfange Geld geliehen haben. Und ebenso richtig ist die Feststellung, daß ein großer Teil dieses Geldes für höchst **überflüssige** und **unnütze** Dinge verausgabt worden ist. Die Folgen dieser falschen Politik im Innern haben wir aber in erster Linie **selber zu tragen.** Und seit fast zwei Jahren wird das deutsche Volk derartig kurz gehalten, daß von einer Verschwendung des einzelnen Staatsbürgers wohl nicht mehr gesprochen werden kann. Diese grundlegende Tatsache verschweigt Herr Laval. Mit geborgtem Gelde kann man eben nur eine gewisse Zeitlang **über** die Verhältnisse hinaus leben. Hernach kommt sehr bald das furchtbare Erwachen.

Des weiteren verschweigt Herr Laval die Tatsache, daß wir ja auch die **Reparationsannuitäten** bis zur Mitte des Jahres 1931 **nur mit jenem geborgten Gelde zahlen konnten.** Und da diese Annuitäten vor allem Frankreich zugute gekommen sind, braucht sich Frankreich am allerwenigsten über die ganze Methode zu beklagen. Der größte Teil des uns geliehenen Geldes ist jedenfalls auf dem Umwege über die Reparationen an unsere Gläubiger, also vor allem an Frankreich, geflossen. Und natürlich ist das ein ganz unmöglicher Zustand, daß wir Schulden — in diesem Falle also die Reparationen — mit Geldern abzahlen, die, weil sie geborgt sind, wiederum **neue** Schulden bedingen.

Gewiß: ohne die ausländischen Kredite hätten wir unsere Industrie nicht dermaßen rasch und in einem so großem Umfange rationalisieren können. Und wir hätten uns ohne die Kredite auch im Bereich der Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht entfernt das leisten können, was wir uns geleistet haben. **Aber wir hätten auch die Reparationen nicht zahlen können.** Und aus alledem folgert, daß nun endlich einmal eine Regelung getroffen werden muß, die auf der **ganzen** Linie wieder der finanz- und wirtschaftspolitischen Vernunft die ausschlaggebende Stellung einräumt. Das heißt praktisch: wir müssen uns in unserer **gesamten Wirtschaft** an allen Ecken und En-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

den bescheiden lernen; wir müssen die gesamten **Verwaltungsausgaben** des Reichs, der Länder und der Gemeinden annähernd wieder auf den Stand des Jahres 1913/14 bringen; wir müssen die **Sozialpolitik** dem Aufbringungsvermögen unseres Volkes und seiner Wirtschaft anpassen, und wir können keine **Reparationen** mehr zahlen, es sei denn, in einer so reduzierten Höhe, daß sie uns nicht ernstlich behindern. Wenn wir nach einer solchen Neuregelung auf der ganzen Linie die **Verzinsung** aller unserer Schulden ans Ausland herauswirtschaften (also anderthalb bis zwei Milliarden Reichsmark im Jahre), dann wollen wir froh sein, und dann kann auch das Ausland froh sein.

Immer wieder müssen wir an die Vernunft aller unserer Gläubiger appellieren, an ihre Vernunft, die ihnen selber raten sollte, **es nicht zum Äußersten zu treiben.** Bisher hat Deutschland seit dem Tage des Friedensvertrags von Versailles in einer Weise bluten und bezahlen müssen, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht erlebt worden ist. Und es ist das möglich gewesen, weil wir mit unserer Wirtschaft, die ja auch heute noch im Kerne gesund und intakt ist, die nötigen Summen herausarbeiteten, und weil wir den größten Teil des uns geborgten Geldes brav und getreu auf Reparationskonto zum Besten unserer Gläubiger einzahlten. Aber so wird es nicht weitergehen können. Wir sind **am Ende unserer Kraft.** Unsere **Wirtschaft** befindet sich in einer Krisis, die so schwer ist, daß man manchmal das Schlimmste befürchten möchte. Und die **Kassen des Reiches** weisen auch ihrerseits wieder ein Defizit auf — man spricht von 900 Millionen Reichsmark —, das zu den allerernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.

Herrn **Laval** ist inzwischen mit großer Mehrheit das Vertrauen der französischen Kammer ausgesprochen. Vorher ergriff er nochmals das Wort und erklärte, daß auch seiner Meinung nach der **Sonderausschuß** der BJZ, der jetzt den deutschen Antrag zu prüfen haben wird, um eine **Erörterung der privaten Verschuldung Deutschlands nicht herumkommen werde.** Andererseits aber blieb der französische Ministerpräsident durchaus bei seinen am Tage vorher geäußerten Auffassungen. — In **England** hat die Rede Enttäuschung und Befremden hervorgerufen; denn die Gedankengänge der französischen Politik, wie sie hier von Herrn Laval umschrieben werden, laufen denen der englischen Politik schnurstracks zuwider.

So ist der außenpolitische Horizont auch in der letzten Woche gewiß nicht klarer geworden. Und die Vorfälle bei der **internationalen Abrüstungskonferenz** in Paris, über die wir an anderer Stelle unseres Blattes berichten, zeigen am allerbesten, wie weit wir noch von einem Zustand wahrer Befriedung, d. h. einer Befriedung der **Gemüter,** entfernt sind.

Die nationalsozialistische Affäre in Hessen

Die Veröffentlichungen über angebliche hochverräterische Pläne der Nationalsozialistischen Partei in Hessen haben begreiflicherweise allenthalben im Inland und im Ausland großes Aufsehen erregt. Wir haben von vornherein bei der Besprechung dieser Dinge einen Trennungsstrich gezogen zwischen der **juristischen** und der **politischen** Bedeutung dieser Angelegenheit.

Der **Oberreichsanwalt** steht, wie eine Publikation des Reichsjustizministeriums erkennen läßt, auch heute noch auf dem Standpunkt, daß, rein juristisch betrachtet, das **Vorliegen des Schriftstückes von** Dr. **Best für sich allein kein genügender Beweis für die Absicht eines gewaltsamen Umsturzes sein könne.** Allerdings könnten sich aus der Art, wie dieses Schriftstück in den Kreisen der hessischen Nationalsozialisten **behandelt** worden sei, Dinge ergeben, **die den Sachverhalt änderten.** Die Frage, ob tatsächlich Hochverrat vorliege, könne jedenfalls **erst nach weiterer Untersuchung beantwortet werden.**

Der Oberreichsanwalt hat sich von Anfang an darauf bezogen, daß das Schriftstück von Dr. Best **nur für den Fall einer schon vorhandenen Revolution,** und zwar für den Fall einer **kommunistischen** Revolution, niedergeschrieben worden sei. Und Dr. Best selbst hat sich auch in diesm Sinne verteidigt. Die **Gauleitung** der Nationalsozialistischen Partei in Hessen ist in aller Form von dem Schriftstück abgerückt. Und das gleiche hat die **oberste Parteileitung** in München getan. Herr Hitler hat von neuem erklären lassen, daß jedes Parteimitglied, das illegale Mittel im politischen Kampf anwende, und illegale Absichten verfolge, sich damit von selbst aus der Partei ausschließe.

Alles wird jetzt darauf ankommen, ob außer dem Schriftstück von Dr. Best noch weiteres belastendes Material dem Oberreichsanwalt beigebracht wird oder nicht. Für die Untersuchung der Angelegenheit ist ja das Reichsgericht zuständig. Die anfänglich von den Telegraphenbüros verbreitete Meldung, der Oberreichsanwalt selbst habe die Haussuchungen in Hessen veranlaßt, hat sich inzwischen als unrichtig erwiesen. Und, wenn man so will, kann man aus der ersten Äußerung des Oberreichsanwalts sogar den Vorwurf eigenmächtigen und übereilten Vorgehens herauslesen.

Das ist die **juristische** Seite der Angelegenheit. Der Fall liegt danach insofern ganz klar, als eine Verfolgung wegen Hochverrats auf Grund des **Schriftstücks von** Dr. **Best kaum zu erwarten ist.** Es ist aber durchaus möglich, daß dem Oberreichsanwalt **noch weiteres Material** zur Verfügung gestellt werden wird. Die Haltung des Oberreichsanwalts einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen, ist nicht unseres Amtes.

Die **politische** Bewertung der Angelegenheit liegt natürlich auf einem anderen Brett. Nachwievor wird man entsetzt sein über den **turbulenten Dilettantismus,** der sich in dem Schriftstück des Herrn Dr. Best offenbart. Und sicherlich ist Dr. Best keine Ausnahmeerscheinung. Wie schon die Reden des Herrn Dr. **Wagener** zeigen, gibt es bei den Nationalsozialisten eine ganze Reihe von Männern, deren politisch u. zumal wirtschaftspolitische Vorstellungswelt im Zeichen einer blühenden und höchst **gefährlichen Phantastik** steht. Solche Männer können, wenn sie irgendwie und irgendwo einmal die Macht besitzen, **ungeheueren Schaden** anrichten. Zunächst wird das Schriftstück des Herrn Dr. Best wohl vor allem seiner Partei selbst geschadet haben; denn sein Inhalt kann ja nur abschreckend wirken. Und schon allein deshalb ist es durchaus zu begreifen, daß Herr Hitler mit Schaudern von diesem Best und seinem Elaborat abgerückt ist.

Einbürgerungsanträge. Der Reichsrat beriet rund 250 Einbürgerungsanträge, zu denen **Einsprüche** vorlagen. Der überwiegende Teil der Anträge entfällt auf Preußen. Die Einsprüche waren größtenteils von **Braunschweig** geltend gemacht worden, in einem kleineren Teil auch von **Thüringen,** das im übrigen seine früheren Einsprüche zum größten Teil zurückgezogen hat. Entsprechend den Ausschußvorschlägen erklärte der Reichsrat die Einsprüche gegen die Einbürgerungsanträge für unbegründet.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einen Aufruf erlassen, der sich in scharfen Worten gegen die Nationalsozialistische Partei richtet, der u. a. Doppelzüngigkeit, Heuchelei und Terror vorgeworfen wird. Der Aufruf bittet um zweckdienliche Angaben für die Blutschuld der Nationalsozialisten.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich in einer dringenden Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der gegen eine einseitige Senkung der Löhne und Gehälter Stellung genommen und eine gleichzeitige Senkung der Lebensmittelpreise und der überhöhten Preisspannen verlangt wird.

Der neue Landtagspräsident in Preußen. Der Preußische Landtag wählte am Freitag den Abg. **Wittmaack** (Sozdem.) zum Präsidenten, lehnte den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Kultusminister Grimme ab und wurde von den Oppositionsparteien bei den Abstimmungen über die neue Geschäftsordnung beschlußunfähig gemacht.

Gegen Überhandnahme der Einzelhandels-Großbetriebe. Die bayerische Regierung hat, wie die bayerische amtliche Pressestelle mitteilt, angesichts der Überhandnahme der Einzelhandels-Großbetriebe (Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte usw.) eine Besprechung des Reiches mit den Länderregierungen angeregt.

Im Lohnstreit der nordbayerischen Textilindustrie wurde am Donnerstag ein Schiedsspruch gefällt. Dieser sieht eine Herabsetzung der Akkordlöhne und Akkordsätze um 5 Proz. und eine unveränderte Fortdauer der Zeitlöhne vor. Diese Regelung soll mindestens bis 5. März 1932 bestehen bleiben. Die Stellungnahme der Verhandlungsparteien zu diesem Schiedsspruch ist noch nicht bekannt.

Die Kämpfe um Tientsin

WTB. **Paris,** 28. Nov. (Tel.) Havas berichtet, es werde offiziell aus **Tientsin** gemeldet, daß der **Kampf** zwischen chinesischen und japanischen Truppen um 7 Uhr morgens mit **größter Heftigkeit wieder entflammt** sei. Minenwerfer, Maschinengewehre und leichte Feldartillerie sollen die japanische Konzessionszone belegt haben. Die japanischen Truppen haben das Feuer mit Maschinengewehren und 75-Millimeter-Geschützen erwidert.

Einer Havas-Meldung zufolge soll eine chinesische Truppenabteilung 112 Kilometer von **Mukden** mit Teilen einer japanischen Brigade zusammengestoßen sein. Die Chinesen flüchteten.

*

WTB. **Tokio,** 28. Nov. Der **japanische Vormarsch auf Tschintschau** ist durch Regierungsbefehl **aufgehalten** worden. Die japanischen Truppen werden hinter dem Liaufluß Aufstellung nehmen. — General **Honjo** soll beschlossen haben, die Truppen, die gegenwärtig westlich von Mukden stehen, in das Eisenbahnschutzgebiet zurückzuziehen.

Der italienische Außenminister Grandi hat am Freitag in **New York** mit dem Dampfer „Augustus" die Rückfahrt nach Europa angetreten.

Einfuhrverbote und Zollerhöhungen in Dänemark. Der Gesetzentwurf über Einfuhrverbote und Zollerhöhungen ist vom Folketing und Landting endgültig angenommen worden.

Prozeß gegen Ukrainer in Galizien. In einem Prozeß gegen 14 angeklagte Ukrainer in **Lemberg** wurde der Angeklagte **Dachyszyn** zum **Tode** durch den Strang, ein Angeklagter zu 15, einer zu 8, einer zu 3 Jahren, einer zu 15 Monaten, einer zu einem Jahr und vier zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Abrüstung in Südamerika. Argentinien hat die Einladung Chiles, eine Zwei-Mächte-Konferenz abzuhalten, auf der eine Verständigung über die Abrüstungsfrage vor der allgemeinen Abrüstungskonferenz erzielt werden soll, günstig aufgenommen.

Professor Dr. August Bernthsen †. Im Alter von 76 Jahren starb in **Heidelberg** am Donnerstag der Chemiker Geh. Rat Prof. Dr. August **Bernthsen,** mehrfacher Ehrendoktor und Vorstandsmitglied der Deutschen Chemischen Gesellschaft sowie der Deutschen Bunsen-Gesellschaft. Prof. Dr. Bernthsen wirkte von 1879 bis 1883 als Dozent für organische Chemie an der Universität Heidelberg, trat dann in das Hauptlaboratorium der Badischen Anilin- und Sodafabrik über, übernahm später dessen Leitung und war damit gleichzeitig Mitglied des Direktoriums dieser Gesellschaft. Im Jahre 1919 schied er dort wieder aus und nahm dann in Heidelberg nochmals seine Lehrtätigkeit an der Universität auf. Prof. Dr. Bernthsen war ein verdienstvoller und erfolgreicher chemischer Forscher, dem noch anläßlich seines 75. Geburtstages zahlreiche Ehrungen zuteil geworden sind.

Ein Sohn Rastatts gestorben. Im Hamburg, seinem langjährigen Wohnsitz, ist der weithin bekannte Schriftsteller Dr. **Karl Müller,** ein Sohn Rastatts, nach schwerem Leiden gestorben. Er konnte im Sommer 1931 den 70. Geburtstag feiern.

Sir David Bruce †. Sir David Bruce, der den größten Teil seines Lebens der Erforschung der Mikroben und der Ursachen der Tropenkrankheiten widmete und der „Sherlock Holmes" der Wissenschaft genannt wurde, ist in **London** gestorben, als das Begräbnis seiner am Montag verstorbenen Frau stattfand.

Stegerwald über die sozialpolitische Lage

Der staatliche Lohnschutz und die Sozialversicherung

Reichsarbeitsminister **Stegerwald** sprach am Freitagabend in einer Zentrumsversammlung in Berlin über die sozial- und wirtschaftspolitische Lage. Er erklärte dabei, daß eine restlose Beseitigung des staatlichen Lohnschutzes nicht zulässig sei. Die Sozialversicherung — so erklärte der Redner weiter — soll in all ihren Zweigen erhalten bleiben, wenn auch vorübergehend Leistungskürzungen eintreten müßten.

Stegerwald begründete in seinen Ausführungen u. a. folgende drei Leitsätze: 1. Von der **Lohnseite her allein** ist die deutsche Wirtschaft bestimmt nicht zur Gesundung zu bringen. 2. Der **staatliche Lohnschutz** kann während der größten Krisis eines Jahrhunderts den Arbeitern nicht verweigert werden; er muß aber verstärkt auf die Realitäten und das Leistungsvermögen einer **kranken Wirtschaft Rücksicht** nehmen. 3. Die gesetzliche **Sozialversicherung kann mit den gegenwärtigen Leistungen,** die während einer Scheinblüte festgesetzt worden und wofür die erwarteten Einnahmen ausgeblieben sind, nicht über die gewaltige Krisis der Gegenwart und der nächsten Jahre hinübergerettet werden.

Die Forderung, den **staatlichen Lohnschutz** restlos zu beseitigen, sei völlig unpolitisch, ja grotesk. Politische Unruhen großen Stils und ein Kleinkrieg in den einzelnen Betrieben wären die verheerenden Folgen. Das **Primäre** sei aber, die Rentabilität der Betriebe, **nicht der Schiedsspruch.** Freilich sei ein gewisser Lohnschutz in den nächsten Jahren in Deutschland eine absolute Staatsnotwendigkeit. Die Reichsregierung wolle die **Sozialversicherung** in allen ihren Kreisen ebenfalls erhalten. Eine **Erhöhung der Beiträge** zur Sozialversicherung sei aber **nicht möglich.** Man müsse zu organisatorischer Vereinfachung und zu **vorübergehender Leistungskürzung** schreiten, um die Invalidenversicherung zu retten. Die Sozialversicherung dürfe nicht zerschlagen werden, solange er Arbeitsminister sei.

Eine Rede Oberfohrens

Auf einer Kundgebung des „Bundes der Frontsoldaten" in **Magdeburg** sprach der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. **Oberfohren.**

Die Angehörigen der nationalen Front seien, so führte er aus, **keine Sozialreaktionäre.** Die Deutschnationalen hätten sich seit dem Tage der Revolution auf den Standpunkt gestellt, daß es **ausgeschlossen** sei, die Rettung Deutschlands zu vollziehen etwa **ohne,** oder sogar gegen die deutsche Arbeiterschaft. Man werde aber die Frage aufwerfen müssen, ob es nicht an der Zeit sei, auch im Interesse der deutschen Arbeiterschaft endlich eine Bresche zu schlagen in das, was man **Zwangsbewirtschaftung** der Arbeiter nenne und ob es nicht an der Zeit sei, endlich dafür zu sorgen, daß in Deutschland die **Arbeit wieder nach der Leistung** bezahlt wird. Oberfohren behandelte auch das Regieren mit dem Artikel 48 und erklärte: Wir wollen keine Zweifel darüber lassen, daß die nationale Front diesen Artikel 48 Abs. 2 einmal sehr stark und sehr energisch in Anwendung bringen wird. Ich füge hinzu, sagte Oberfohren, wenn das in Gang gesetzt wird, dann **wird die Rache kalt genossen werden.** Die Deutschnationalen seien auch **zu einer Verständigung mit Frankreich** bereit, aber nur unter der Voraussetzung einer 100-prozentigen machtpolitischen und wehrpolitischen Gleichberechtigung.

Dr. Schäfer vorbestraft?

Zu der Erklärung der Gaupressestelle der NSDAP. Darmstadt über die Person des Dr. **Schäfer,** auf den die Anzeige gegen die hessischen Nationalsozialisten zurückzuführen ist, wird von der Justizpressestelle **Weimar** mitgeteilt, daß es sich nur um den am 24. Sept. 1896 in Frankfurt a. M. geborenen Dr. Karl Wilhelm Schäfer, handeln könne. Schäfer sei vom Schöffengericht am 2. Februar 1931 wegen **Wechselfälschungen** zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden mit Bewährungsfrist. Auch die Angaben über die geistige Minderwertigkeit Schäfers sollen sich mit den in Weimar festgestellten Tatsachen decken. Er sei der psychiatrischen Klinik in Jena zur Beobachtung überwiesen worden, da er zu seinem Schutz den § 51 in Anspruch genommen hätte. Das Gutachten habe dahin gelautet, daß der Schutz des § 51 nicht in Frage kommen könne, daß aber verminderte Zurechnungsfähigkeit bei Schäfer festzustellen sei.

In **Darmstadt** wird von zuständiger Seite erklärt, daß dort von einer solchen Bestrafung nichts bekannt ist. Die polizeiliche Vorstrafenliste, die davon etwas enthalten müßte, weist eine Vorstrafe Dr. Schäfers nicht auf.

Kleine Chronik

Der Aufsichtsrat der **„Behala"** (Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG., Berlin-Plötzensee), hat beschlossen, den Generaldirektor **Schüning** bis zur völligen Klärung der im Sklarek-Prozeß gegen ihn erhobenen Vorwürfe von der Führung der Geschäfte zu entbinden.

In **Potsdam** ist heute nacht der Obersekretär beim Hochbauamt, **Rauh,** verhaftet worden. Schon seit Tagen schweben Gerüchte über **umfangreiche Durchstechereien** mit einigen großen **Potsdamer Baufirmen.** Rauh soll in diese Angelegenheit verwickelt sein. Man glaubt, daß die Sache noch erhebliche Weiterungen haben wird.

In **Finkenkrug** bei Spandau stach am Freitag der 32 Jahre alte, **geisteskranke** frühere Bankbeamte **Lehnert** in einem Tobsuchtsanfall mit einem großen Küchenmesser auf **vier Frauen** ein. Eine von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Der Täter flüchtete, stellte sich aber später selbst der Polizei. Lehnert ist kriegsbeschädigt und verfällt zuweilen aus nichtigen Gründen in Raserei. Der Geisteskranke erzählte der Polizei, sein Magen sei hypnotisiert; er habe furchtbare Kopfschmerzen usw.

Das **Städtische Theater in Bologna** ist heute, Samstagmorgen, von einem **schweren Feuer** heimgesucht worden. Erst nach stundenlangen Bemühungen gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Der Sachschaden ist sehr erheblich, jedoch sind keine Personenopfer zu beklagen.

Aus **Casablanca** wird gemeldet, daß ein **französisches Militärflugzeug** mit einem Leutnant und einem Unteroffizier an Bord in der **nichtunterworfenen Zone** in der Atlasgegend **notlanden** mußte. Die beiden Flieger wurden von den Eingeborenen trotz verzweifelten Widerstandes **niedergemacht.**

Ein mit einem Gewehr bewaffneter Mann hielt — wie aus **Durban** (Südafrika) gemeldet wird — auf der Straße nach Bethlehem ein Automobil an und **erschoß dessen Führer.** Dann fuhr er in dem gleichen Automobil nach der nächsten Stadt und **tötete** dort mit Gewehrschüssen **sieben Eingeborene und einen Weißen.** Als man daran war, ihn unschädlich zu machen und zu überwältigen, erschoß er sich selbst durch einen Kopfschuß.

Der australische Flieger **Hinklee,** der am 25. November, nachts, von **Port Natal** in Brasilien abgeflogen war, ist am Freitagnachmittag in **St. Louis** (Französisch-Westafrika) eingetroffen. Er hat damit als **erster Flieger** den südlichen Atlantik ohne Zwischenlandung in dieser Richtung überflogen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der ehrbare Kaufmann

Aus der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Der neue Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. **Krupp von Bohlen und Halbach**, eröffnete am Freitagnachmittag in **Berlin** die Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit einer Rede. Er gab dabei eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Die deutsche Wirtschaft ist seit Monaten Zeuge von Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen, deren Zahl die Gefahr heraufbeschwört, daß dies nicht als Einzelerscheinungen, sondern als Zeichen eines allgemeinen Niederganges der kaufmännischen Ehrbarkeit gewertet werden. Wir weisen darauf hin, daß zu allen Zeiten schwerer politischer und wirtschaftlicher Krisen einzelne es verstanden haben, die Ungunst der Verhältnisse unter Verletzung von Treu und Glauben zum Schaden der Gesamtheit für sich auszunutzen. Der gesunde Sinn der deutschen Kaufmannschaft lehnt derartige Machenschaften entschieden ab. Sie betrachtet **unbestechliche Ehrbarkeit als höchste Pflicht aller Berufsangehörigen** und ist nicht gesinnt, ihren guten Namen durch Duldung laxer Moralbegriffe gefährden zu lassen.

Wir erachten es als unsere besondere Pflicht in dieser Zeit, alle Kräfte an die Kreise der deutschen Wirtschaft zu wenden gegenüber jedem, der vom Wege des **ehrbaren Kaufmanns** abweicht, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen und in vorkommenden Fällen die weitere Zugehörigkeit der Betroffenen zu den Organen der Spitzenverbände von dem Ergebnis der zu treffenden Feststellungen abhängig zu machen."

Abschließend erklärte er dann, es dürften allerdings aus den traurigen vorgekommenen Übelständen nicht Verallgemeinerungen gezogen werden. Pflicht des Reichsverbandes ist es, jede Maßnahme, die die Währung zu erschüttern geeignet wäre, auf das Entschiedenste abzulehnen und jede Maßnahme zu unterstützen, die der Sicherung der Währung dient. Wir sehen es als unsere Hauptaufgabe an, dem deutschen Volke in allen seinen Schichten nach Überwindung der jetzigen Notzeit wieder zu einer Erhöhung der Lebenshaltung zu verhelfen und den Weg zu ebnen für einen kulturellen und nationalen Wiederaufstieg.

Das geschäftsführende Präsidialmitglied, Geh. Rat **Kastl**, ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden durch einen eingehenden Vortrag, in dem er hervorhob, daß das bisherige wirtschaftspolitische Gesetzgebungswerk noch den großen Leitgedanken vermissen lasse. Die Industrie lasse die bestimmte Erwartung aussprechen, daß anschließend an die Leitsätze des Wirtschaftsbeirates die Reichsregierung nunmehr schnell die Maßnahmen treffe, die die wirtschaftliche Lage erfordere und die die Industrie und die anderen Kreise von Handel, Gewerbe und Banken überhaupt gefordert hätten.

In seinem Schlußwort bezeichnete es der Vorsitzende als die Pflicht des Reichsverbandes, alles zu tun, um die Stimmung in den Industriekreisen nach Möglichkeit wieder aufzurichten. Die gleiche Forderung sei auch an die Regierung zu richten.

Wie es zur Erschießung des Heinz-Orbis kam

In dem Prozeß des bayerischen Bauernführers **Heim** gegen den Nationalsozialisten **Foerster** wegen Beleidigung, der in **Grünstadt** (Pfalz) verhandelt wird, machte der Münchener Rechtsanwalt Dr. Edgar **Jung**, der bekanntlich in die Dinge eingeweiht ist, sehr interessante Aussagen darüber, wie es zu der **Erschießung des Heinz-Orbis** kam.

Der Fall Heinz-Orbis sei nur zu verstehen als Abschluß der **Abwehrtätigkeit** einer illegalen Aktion, die im Mai 1923 in Erscheinung trat. Anlaß hierzu wie auch die Durchführung der Aktion seien ausschließlich privater Natur gewesen. Keine Regierungsstelle habe sich an der Abwehr beteiligt. An dem Tage, an dem sich herausgestellt habe, daß die separatistische Sache mit Hilfe französischer Truppen durchgeführt werde, habe festgestanden, daß der lokale Selbstschutz nicht mehr genüge und daß **gegenüber dem Terror nur noch Gewalt am Platze sei.** Man habe sich gesagt, es müsse eine Gewalttat geschehen, um das Ausland auf die Leiden der Pfalz aufmerksam zu machen, um der Bevölkerung neue Wiederstandskraft zu geben und um endlich der Gefahr vorzubeugen, daß sich die autonome Regierung befestige. Nach verschiedenen Plänen sei am zweiten Weihnachtsfeiertag 1923 in München der eigentliche Aktionsplan beschlossen worden, der dann am 9. Januar 1924 in die Tat umgesetzt wurde. Ein Verrat an der Sache sei kaum möglich, bestimmt aber nicht auf dem Wege, der in das Rechtsrheinische, in das Lager des Dr. Heim, führe.

(Am 9. Januar 1924 wurde, wie noch erinnerlich, der Präsident der separatistischen Pfalzregierung, **Heinz**, im Hotel „Wittelsbacher Hof" in Speyer erschossen. Seine vier Begleiter wurden tödlich verwundet. Die Täter entkamen. Am Tage vorher hatte Heinz einen Vertrag mit der französischen Militärbehörde geschlossen, der die Gendarmerie der Pfalz, die letzte noch selbständige Exekutivbehörde, dem französischen Oberkommando unterstellte.)

Prinz **Leopold zu Ysenburg** schilderte als Zeuge seine Erkundungs- und Ermittlungstätigkeit bei französischen militärischen Stellen und bei Dr. **Dorten** als Beauftragter der hessischen Regierung. Zuerst habe es sich bei Dorten noch nicht um hochverräterische Pläne gehandelt. General Degoutte sei vom Ministerpräsidenten Millerand ermächtigt worden, mit den zuständigen Persönlichkeiten des **Reichs**, insbesondere **Reichskanzler Scheidemann, unmittelbar zu verhandeln.** Es handelte sich um den französischen Vorschlag, einen **selbständigen Bundesstaat Rheinland-Ruhr-Hessen-Nassau** zu gründen, wofür Frankreich, damit es von den unmittelbaren Grenzen mit Preußen frei werde, das besetzte Gebiet räumen und die Saar freigeben wolle. Die geplanten Verhandlungen seien aber infolge der Ablehnung des unitaristisch eingestellten Reichskanzlers Scheidemann nicht zustande gekommen.

Ysenburg weist es von sich, bei Dr. **Heim** je separatistische Neigungen beobachtet zu haben. Auch Prälat **Walzer**, durch den Heim den Heinz angeblich habe warnen lassen, erklärt unter Eid, er habe nie irgend etwas von den Absichten zur Beseitigung des Heinz gewußt, noch irgendeinen Auftrag von Dr. Heim zur Orientierung des Heinz bekommen.

Verkauf Wittelsbacher Juwelen in London. Aus dem Besitz des Wittelsbacher Ausgleichsfonds werden am 21. Dezember bei der Auktionsfirma Christies in London mehrere Schmuckgegenstände und einzelne Juwelen zum Verkauf gelangen. Unter diesen Juwelen soll sich der berühmte Wittelsbacher **blaue Diamant** befinden. Eine Londoner Meldung über einen angeblichen Verkauf bayrischer Kronjuwelen entspricht nicht den Tatsachen. Die Kronjuwelen befinden sich nach wie vor in München.

Haftpflichtversicherungszwang für Motorräder steht bevor. Im Preußischen Landtag hatte ein Abgeordneter Beschwerde gegen die Gefährdung des Verkehrs durch die Motorradraserei auf den Landstraßen erhoben. Der preußische Handelsminister teilte u. a. mit, daß eine reichsgesetzliche Regelung bei der nächsten Ergänzung der Kraftverkehrsordnung den Haftpflichtversicherungszwang vorsehe.

Badischer Teil

70. Geburtstag des evangelischen Kirchenpräsidenten

Am 1. Dezember wird Kirchenpräsident D. Nikolaus **Wurth** seinen **70. Geburtstag** feiern. Im Jahre 1891, also vor 40 Jahren, trat er in den Dienst der Evangelischen Badischen Landeskirche ein.

Zu Beginn seiner seelsorgerischen Tätigkeit war er Vikar in Epfenbach und in Weingarten, war dann vorübergehend in Triberg und in Liedolsheim tätig und wirkte dann von 1906 an 18 Jahre hindurch als Pfarrer der oberen Pfarrei in Bretten. Ende 1921 wurde Präsident Wurth der Titel eines Kirchenrates verliehen und zugleich zeichnete ihn die theologische Fakultät Heidelberg mit dem Titel eines Ehrendoktors aus. Im kirchlich-politischen Leben war Präsident D. Wurth bis zum Herbst 1924 als Vorsitzender der kirchlich-positiven Vereinigung Badens hervorgetreten. In der am 4. Oktober 1924 tagenden evangelischen Landessynode erfolgte der Sturz der damaligen Kirchenregierung mit dem Präsidenten Dr. Muchow und Wurth wurde zum Kirchenpräsidenten gewählt. Am 8. Oktober trat er seinen Dienst im Oberkirchenrat an.

Eingänge im Landtag

Die Zentrumsfraktion hat im Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die sich auf die **steuerliche Entlastung der badischen Waldwirtschaft** und auf Maßnahmen zum Schutze der badischen Wald- und Holzwirtschaft beziehen. — In einer Kurzen Anfrage wird Auskunft verlangt, ob die **Kürzung des Dienstalters** bei der badischen Beamtenschaft befristet aufzufassen ist und ob nach Ablauf der Frist den Beamten wieder das ursprüngliche Besoldungsdienstalter angerechnet wird. Eine Förmliche Anfrage bezweckt die baldmöglichste Senkung der Beiträge zur Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Verkehrserleichterungen Deutschland—Frankreich

In Auswirkung der beim Dreiländertreffen der Gastwirte und Hoteliers in **Müllheim** am 10. November 1931 gefaßten Entschließung auf Schaffung von Verkehrserleichterungen von Land zu Land an der Südwestecke haben die Verkehrsvereine des Oberelsaß in einer vor einigen Tagen in **Kolmar** stattgefundenen Sitzung nun auch dem französischen Unterstaatssekretariat für Touristik in Paris ihre Anträge unterbreitet. Sie enthalten die gleichen Forderungen wie die Müllheimer Resolution auf Verbesserung der „bestehenden Vorschriften für den Übergang über die Grenzen mit Vereinfachung der Paßvorschriften, der Bahnverbindungen und des Autoverkehrs, vornehmlich zwischen dem Elsaß und Baden". Die elsässischen Verkehrsvertreter hoffen bestimmt auf einen Erfolg ihrer Anträge. Davon dürfte auch die Entscheidung des Reichsinnenministeriums auf das entsprechende Gesuch des Müllheimer Verkehrsvereins abhängen.

Schülerunterrichtung über Verhütung von Bränden

Vor einigen Tagen wurde über einen Erlaß des badischen Unterrichtsministeriums berichtet, wonach die Schüler und Schülerinnen auf den Schaden hinzuweisen sind, den die deutsche Wirtschaft durch die Einfuhr ausländischen Obstes erleidet. Wie nun weiter berichtet wird, wird neuerdings die Schuljugend auf die **Gefährlichkeit der Brände für das Volksvermögen** hingewiesen. Diese zweite Anordnung des Unterrichtsministeriums geht von dem Gedanken aus, daß es heute mehr denn je notwendig sei, wirtschaftliche Werte zu erhalten. Die Schüler werden daher eingehend darüber belehrt, wie Brände und Explosionen vermieden werden können. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß viele derartige Unglücksfälle durch Kinder verursacht werden. Es kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden, in der Schule gerade die kleineren Kinder immer wieder darauf hingewiesen werden, in welchen Gefahren sie auch selbst schweben, wenn sie mit Streichhölzern spielen und unvorsichtig mit Feuer umgehen.

Aus der badischen Industrie

Arbeitswiederaufnahme. Mit Beginn der nächsten Woche soll, wie aus **Mannheim** berichtet wird, das unlängst stillgelegte **Pfeddersheimer Werk der Enzinger-Unionwerke** mit ungefähr 50 Arbeitern den Betrieb wieder aufnehmen. Es verlautet, daß neben einer Erweiterung des Werkes diesem noch andere, auswärtige Abteilungen angeschlossen werden sollen.

Betriebseinstellungen in Istein bei Müllheim. Seit einigen Tagen haben die Isteiner Kalkwerke und der große Steinbruch der Lonza-Werke, zwei größere Betriebe, die Arbeit eingestellt, wahrscheinlich im Hinblick auf die schwierige Lage des internationalen Stickstoffmarktes.

Betriebseinschränkung bei Gebr. Fahr, Stockach. Infolge zu geringen Auftragsbestandes ist die Arbeitszeit in den Fahrschen Betrieben in der Graugießereiabteilung auf zwei Tage herabgesetzt. In der Tempergießerei wird drei Tage gearbeitet.

Aus der Landeshauptstadt

Jubiläumstagung der Südwestdeutschen Lichttechnischen Gesellschaft

Im Großen Hörsaal des Elektrotechnischen Instituts der Technischen Hochschule **Karlsruhe** wurde heute, Samstag vormittag, die **10. Jahresversammlung der Südwestdeutschen Lichttechnischen Gesellschaft** durch den Vorsitzenden, Professor Dr. **Teichmüller**, eröffnet. Damit verbunden ist die Feier des **10-jährigen Bestehens des Lichttechnischen Instituts.** Anwesend sind auch Gäste aus Berlin, Stuttgart, Frankfurt, den Niederlanden und der Schweiz.

Professor **Richter** überbrachte Grüße und Glückwünsche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts und des Rektors der Technischen Hochschule. Er wies darauf hin, daß das Lichttechnische Institut in Deutschland und im Auslande in kurzer Zeit auf dem Gebiete der Lichttechnik führend geworden sei und Weltruf erlangt habe. Professor Dr. **Teichmüller** dankte dem Ministerium wie auch Rektor und Senat für die stets verständnisvolle Förderung der Arbeiten des Instituts und der Gesellschaft. Für die Vereinigung der Elektrizitätswerke (Sitz Berlin), sprach Oberbaurat **Schlebach**, der dem Wunsche Ausdruck verlieh, daß es zwischen der Gesellschaft und der Vereinigung zu einer engeren Zusammenarbeit kommen möge. Dann nahm für die Niederländische Beleuchtungstechnische Gesellschaft Professor Dr. **Halbertsma**, einer der ältesten Mitarbeiter von Professor Dr Teichmüller, das Wort, um der Gesellschaft und dem Institut Dank und Anerkennung für dis bisher geleistete erfolgreiche Arbeit zu sagen. Es sprach ein Vertreter der Gesellschaft für Manufaktologie und ein Vertreter der Südwestdeutschen Lichttechnischen Gesellschaft, welcher namens der Mitglieder ehrende Worte dem Vorsitzenden widmete.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils folgt zunächst ein Vortrag des Prof. Dr. **Teichmüller** über „10 Jahre Lichttechnik". Im weiteren Verlauf der Tagung wird ein Bericht gegeben über die Arbeiten des Lichttechnischen Instituts, Auch folgen Vorträge über lichttechnische Ausbildung und Praxis.

Reichsfinanzminister a. D., Reichstagsabgeordneter Dr. Köhler, hat vor kurzem seinen Wohnsitz von Berlin nach Karlsruhe verlegt.

Um den Baubeginn der Maxauer Brücke. In den nächsten Staatsvoranschlag, der wohl bald nach der Jahreswende fertiggestellt werden dürfte, werden, wie die „Badische Presse" erfährt, trotz der gespannten Lage der badischen Finanzen die für den Beginn des Maxauer Brückenbaues notwendigen Mittel eingestellt werden. Es wird also dann nur **beim Reich** liegen, daß der Brückenbau in Angriff genommen werden kann, der angesichts der vorgesehenen Baukosten von über 20 Millionen Reichsmark eine starke Belebung der badischen und pfälzischen Wirtschaft bedeuten würde. Nachdem im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms Mittel für die Maxauer Brücke nicht mehr zur Verfügung stehen, werden sich das Land Baden und die Stadt Karlsruhe beim Reich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß wenigstens im Jahre 1932 Reichsmittel für diesen Brückenbau bereitgestellt werden. Nach dem Stande der technischen Vorarbeiten könnte dem genannten Blatt zufolge im Laufe des kommenden Jahres mit dem Bau der Maxauer Brücke begonnen werden. Der ursprüngliche Entwurf wird verschiedene Änderungen im Sinne von Wünschen der Stadt Karlsruhe erfahren.

Die Oper des Badischen Landestheaters nach Südafrika eingeladen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat Intendant Dr. Waag die Einladung erhalten, mit der Oper des Badischen Landestheaters Gastspiele in Südafrika zu geben. In den Städten Kapstadt, Johannisburg, Durban, sollen im Laufe der Monate Juli bis August 1932 sechs bis sieben verschiedene deutsche Opern gespielt werden, wobei „Hänsel und Gretel", „Tiefland", „Fledermaus" und je zwei Werke von Wagner und Mozart gewünscht werden. Da die Hauptspielzeit des Badischen Landestheaters im Mai beendet ist, dürfte die Möglichkeit zur Verwirklichung dieser Gastspiele gegeben sein. Die Verhandlungen sind daher unverzüglich aufgenommen worden.

Altkleider- usw. -Sammlung für die Notgemeinschaft. Die Sammelkolonnen der Notgemeinschaft setzen ihre Sammeltätigkeit in der nächsten Woche wie folgt fort: Die Sammelkolonne I am Montag und Mittwoch in dem Stadtgebiet zwischen Westendstraße—Kaiserallee—Händelstraße—Felix-Mottl-Straße und Moltkestraße. Die Sammelkolonne II wird an den gleichen Tagen Nachlese in der Oststadt und in der Südstadt östlich der Rüppurrer Straße abhalten.

K. d. W. in Konkurs. Der Besitzer des „Kaffee des Westens" hat Konkurs angemeldet. Dies ist jetzt der zweite Konkurs in diesem Jahre. Anfang Februar mußte der damalige Pächter, Paul **Sandowski, Konkurs** anmelden und den Betrieb schließen. Am 1. April wurde der Kaffeehausbetrieb wieder eröffnet. Die Pacht für den neuen Inhaber, **Hans Sattler**, war auf einen Bruchteil des früheren Betrages ermäßigt worden.

Folgen der Wirtschaftsnot. Der Mitinhaber der in Konkurs geratenen Firma Schmidt u. Konf., elektrische und sanitäre Anlagen, Ingenieur Josef Schneider, hat sich in seiner Wohnung erschossen.

Schuß auf ein Auto. Ein Personenkraftwagenführer von hier machte der Polizei die Anzeige, daß ihm auf der Fahrt zwischen Altlußheim und Philippsburg ein junger Bursche, der in Begleitung mehrerer Kameraden war, mit einer Pistole in den Kühler geschossen habe, so daß ihm durch Leerlaufen des Kühlers und Zerspringen des Motorblocks ein Schaden von 1200 Reichsmark entstanden sei.

Badisches Landestheater. Wiederholungen in der ersten Dezemberwoche sind: **„Die Prinzessin auf dem Seil"** am Dienstag, dem 1. Dezember, **„Im weißen Rößl"**, am Mittwoch, dem 2. Dezember, des Schauspiels **„Der Graue"** von Friedrich Forster, am Donnerstag, dem 3. Dezember, des Schauspiels **„Prinz Friedrich von Homburg"** von Heinrich von Kleist, am Freitag, dem 4. und der Märchenoper **„Hänsel und Gretel"** von Humperdinck nebst dem Ballett **„Die Puppenfee"**, am Samstag, dem 5. Dezember. — Am Sonntag, dem 6. Dezember, findet auf allgemeinen dringenden Wunsch eine abermalige Wiederholung der bisher stets vor überfülltem Hause veranstalteten **„Morgenfeier"** zu Ehren Johann Strauß statt, wobei Intendant Dr. Carl Hagemann wiederum in seiner knappen und prägnanten Weise die Bedeutung des großen Walzerkomponisten ins Licht rücken wird. — Als Abendvorstellung geht Lortzings Oper **„Der Wildschütz"** neueinstudiert in Szene.

Klavierabend Emma Darmstadt-Stern. Mittwoch, den 2. Dezember, findet in der „Eintracht" ein Klavierabend von Emma Darmstadt-Stern statt, den das Munzsche Konservatorium veranstaltet, und der wegen seines originellen Programmes besonders interessieren dürfte. Der erste Teil des Programmes bringt alte vor-Bachsche Musik und schließt mit Bachs großartiger Toscata in fis-Moll. Im zweiten Teil gelangt im Gegensatz hierzu ganz moderne atonale Musik zur Aufführung, und zwar in der Form musikalischer Versuche, denen ein einleitender Vortrag vorausgeht. Das Programm schließt mit 3 Stücken: Impromtu Fis-Dur und zwei selten gespielten Preludien von Chopin.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Samstag morgen. Die von Westen herangezogene Störung hat sich über England sehr rasch verflacht. Dabei hat in Deutschland wieder Luftzufuhr aus Osten eingesetzt, so daß die Temperaturen schon etwas gesunken sind. Es ist nicht anzunehmen, daß wir in den nächsten Tagen nochmals Warmluftzufuhr vom Ozean erhalten werden, vielmehr müssen wir mit weiterem Temperaturrückgang und Verschärfung der Ostwinde rechnen. Etwaige Niederschläge werden daher voraussichtlich auch in tieferen Lagen in Schnee übergehen. **Voraussage** für 29. November: Kälter, noch meist bewölkt, höchstens leichte Niederschläge, vorwiegend als Schnee, rauhe östliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 191 plus 1, Schusterinsel 47 plus 2, Kehl 200 plus 4, Maxau 363 plus 2, Mannheim 231 plus 1, Caub 155 plus 1 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	28. November		27. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.93	169.27	168.93	169.27
Kopenhagen 100 Kr.	82.17	82.33	82.42	82.58
Italien . . 100 L.	21.68	21.72	21.68	21.72
London . 1 Pfd.	14.90	14.94	15.07	15.11
New-York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz . . 100 Fr.	81.52	81.68	81.52	81.68
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag . . . . 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Noch kein Abschluß der sächsischen Autofusion. Wie man von maßgebender Seite erfährt, eilen Meldungen, wonach die Verhandlungen über den Zusammenschluß von Audi, DKW, Horch und Wanderer bereits abgeschlossen und die entsprechenden Verträge unterzeichnet seien, den Tatsachen voraus. In der vor einigen Tagen in Dresden abgehaltenen Sitzung der beteiligten Gesellschaften und Banken wurden die **Grundlinien der Verträge** ausgearbeitet, die die Basis für die abschließenden Verhandlungen bilden sollen.

Brennaborwerke insolvent. Die seit 60 Jahren bestehende Firma Gebrüder Reichstein, Brennaborwerke **Brandenburg** a. d. Havel, eines der größten deutschen Privatunternehmen, das in der Automobilindustrie eine bedeutende Rolle spielt, ist infolge der Wirtschaftslage gezwungen, sich an ihre Gläubiger zu wenden. In einer für Mitte nächster Woche einberufenen Gläubigerversammlung soll ein außergerichtlicher Vergleich angestrebt werden. Die Commerz- und Privatbank AG. hat einige Millionen Reichsmark zu fordern, die durch erststellige Hypotheken und sonstige Sicherheiten gedeckt sind. Die Aktiven des Unternehmens sollen einen Buchwert von annähernd 15 Millionen repräsentieren, während die gesamten Verbindlichkeiten höchstens die Hälfte dieser Summe erreichen. Außer der genannten Bankverpflichtung entfällt der größte Teil auf Forderungen der Zubehör- und Material-Lieferanten.

Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages verlangt, daß die deutsche Handelspolitik geeignete Maßnahmen gegen die Absperrung des Auslandes vor deutschen Waren unternimmt.

Anleihe der Schweizerischen Bundesbahnen überzeichnet. Die vierprozentige Anleihe der Schweizerischen Bundesbahnen, für die die Zeichnungsfrist abgelaufen ist, hat einen vollen Erfolg gebracht. Auf die 125 Millionen Schweizerfrankenanleihe sind rund 160 Millionen Schweizer Franken Zeichnungen eingegangen, so daß eine Herabsetzung der Zuteilungen erfolgen muß.

Ein neues Begleitpapier beim Versand von Gütern nach dem Auslande. Die Reichsbahn teilt mit: Vom 1. Dez. 1931 an sind alle Waren, die aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeführt werden, für die **Zwecke der Devisenbewirtschaftung anzumelden.** Die Anmeldung ist durch Übergabe einer von dem Exporteur auszustellenden **Exportvalutaerklärung** mit den Abschnitten a und b nach einem Vordruck, der von den Reichsbankanstalten zu beziehen ist, zu bewirken. Die Anmeldung mit dem Abschnitt a der Exportvalutaerklärung obliegt dem Exporteur. Diese Erklärung ist binnen drei Tagen nach Versendung der Waren der für den Exporteur örtlich zuständigen Reichsbankanstalt portofrei zu übersenden. Die Anmeldung mit dem Abschnitt b obliegt der Eisenbahn. **Vom 1. Dez. 1931** an ist daher **den Frachtbriefen und Expreßgutscheinen** der nach dem Ausland gerichteten Sendungen vom Absender der Abschnitt b der Auslandsvalutaerklärung beizugeben.

Die Durlacher Bürgermeisterwahl auch im dritten Wahlgang ergebnislos. Bei dem am Freitag stattgefundenen dritten Wahlgang zur Durlacher Bürgermeisterwahl erhielten Staatsanwalt **Heim** (Bürgerl.) 42, Bürgermeister **Ritzert** (Soz.) 28, **Böning** (Komm.) 11 Stimmen, Ungültig waren 6 Stimmen. Insgesamt wurden 87 Stimmen abgegeben. Damit hat wiederum keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit von 45 erreicht. Der Bürgermeister wird nunmehr von der Staatsbehörde kommissarisch bestellt. Zur Abstimmung ist noch zu bemerken, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen für Hein und die SPD. geschlossen für Ritzert stimmte.

Die Eingemeindungsfrage. Der Verband badischer Gemeinden will sich beim Landtag und Regierung mit größtem Nachdruck dafür einsetzen, daß den Gemeinden der dermalige, durch die Verfassung garantierte Bestand grundsätzlich gewahrt und die Anwendung des Artikels 28 der badischen Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober (Aufhebung von Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern im Wege der Anordnung) auf nach Lage der Verhältnisse wirklich begründete Ausnahmefälle beschränkt bleibt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der 15. Brand in dem Bezirk Meßkirch

Sauldorf (Amt Meßkirch), 27. Nov. Nach einer etwa dreiwöchigen Pause flackern die **Brände im Bezirk Meßkirch** von neuem wieder auf. Dem 14. Brand am Dienstag in Gutenstein folgte heute nachmittag der **15. Brand.** Gegen ½2 Uhr brach in dem Anwesen der Witwe **Schlander** Feuer aus, das sich vom Schopf aus so rasch in kürzester Frist ausbreitete, daß das Wohnhaus und die Ökonomiegebäude bis auf den Grund niederbrannten. Das Vieh konnte mit knapper Not gerettet werden, während ein Teil des toten Inventars verbrannte. Die Brandursache ist unbekannt. Der Schaden beträgt zirka 15 000 *RM*.

Nr. 71 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält Verordnungen des Ministers des Innern: Wanderbücher; Ein- und Durchfuhr von Knochen, Knochenmehl, Fleischmehl und Fischmehl.

DZ. **Baden-Baden,** 27. Nov. Wie das „Badener Tagbl." erfährt, hat am 18. d. M. das Oberlandesgericht in **Kolmar,** sowie der Generalstaatsanwalt als letzte Instanz, nach sehr eingehender Prüfung die von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe betriebene **Auslieferung Schwecks abgelehnt,** mit der Begründung, man habe sich davon überzeugt, daß es sich hier um eine rein geschäftliche bzw. geschäftspolitische Angelegenheit mit Reemtsma bzw. Bergmann handeln würde. Herr Schweck hat außerdem die beantragte Daueraufenthaltserlaubnis in Frankreich erhalten.

DZ. **Hornberg,** 27. Nov. Wie berichtet, wurden am 14. November im Rathaus in Niederwasser eine Schreibmaschine und zwei Pistolen **gestohlen.** Die Einbrecher konnten jetzt festgenommen werden. Es handelt sich um **kommunistische Funktionäre** aus Hornberg.

bld. **Freiburg,** 27. Nov. **Baron Freiherr von Gayling** beging heute in körperlicher und geistiger Frische seinen **85. Geburtstag.** Baron von Gayling ist der letzte noch lebende Offizier, der im 70er Krieg mit Graf Zeppelin den berühmten Husarenritt nach dem Schirlenhof machte.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 1.—6. Dezember 1931.

Dienstag, 1. Dez.: ✱ E 9 Th.-Gem. 1—100. **Die Prinzessin auf dem Seil.** Operette von Johann Strauß. 20—22.45 (5,70 *RM*).

Mittwoch, 2. Dez.: ✱ A 11 (Mittwochmiete) Th.-Gem. 201—300. **Im weißen Rößl.** Singspiel von Ralph Benatzky. 19—22.15 (5,70 *RM*).

Donnerstag, 3. Dez.: ✱ D 12 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. II. S.-Gr. **Der Graue.** Schauspiel von Friedrich Forster. 20 bis gegen 22.30 (4,20 *RM*).

Freitag, 4. Dez.: ✱ F 11 (Freitagmiete) Th.-Gem. I. S.-Gr. **Prinz Friedrich von Homburg.** Schauspiel von Kleist. 20 bis gegen 22.30 (4,20 *RM*).

Samstag, 5. Dez.: ✱ G 10 **Hänsel und Gretel.** Märchenspiel von Humperdinck. Hierauf: **Die Puppenfee.** Ballett von Joseph Bayer. 20—22.45 (4,90 *RM*).

Sonntag, 6. Dez.: Morgenfeier „Johann Strauß". 11.15—12.30 (0,40—0,80 *RM*). **Abends:** ✱ C 10 Th.-Gem. 1301—1400. Neu einstudiert: **Der Wildschütz.** Komische Oper von Lortzing. 20—22.45 (6,30 *RM*).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 6. Dez.: Zum erstenmal: **Olly-Polly.** Operette von Walter Kollo. 19.30 bis gegen 22.30 (2,60 *RM*).

Den Kaminfegerdienst im Amtsbezirk Stockach.

Der Kehrbezirk Stockach II mit Sitz in Orsingen ist auf 1. Februar 1932 zu besetzen. Derselbe umfaßt die Gemeinden Beuren a. d. Aach, Bodman, Eigeltingen, Espasingen, Ludwigshafen, Münchhöf, Nenzingen, Orsingen, Reute, Stahringen, Steißlingen, Volkertshausen, Wahlwies, Wiechs.

Bewerbungen sind bis spätestens **31. Dezember d. J.** bei dem unterzeichneten Bezirksamt schriftlich einzureichen. Bezüglich der Zulassung zur Bewerbung, der erforderlichen Angaben und der beizufügenden Schriftstücke, verweisen wir auf §§ 6 und 7 der Verordnung vom 29. XI. 1921 (Gesetzes- u. VOBl. 1921, Seite 513).

Stockach, den 26. November 1931. R.721

Bezirksamt.

Praktische Geschenke in:

Theatergläser	v. 10 RM. an
Feldstecher	„ 15 „ „
Silber-Lorgnetten	„ 5 „ „

Beachten Sie meine Auslagen!

Reformoptik Inh. Franz Hofer

nur Kaiserstraße 247, am Kaiserplatz

Man achte auf das Eine, Filiale hab ich keine.

Ratenkaufabkommen. **Billige Preise!**

R.720. **Bruchsal.** Nach Bestätigung des Vergleichs wird das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Isidor Einstein,** offene Handelsgesellschaft in Bruchsal, aufgehoben (§ 79 VO.).

Bruchsal, 27. Nov. 1931.

Amtsgericht IV.

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger", München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Kinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Linzgau-Heuberg, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Ankündigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger" F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Sparkassenstr. 11. L.419

Eintrachtsaal

Mittwoch, 2. Dezember, abends 8 Uhr

Klavierabend

E. Darmstadt-Stern

Alte Musik vor und bis Bach. Vortrag und Versuche über atonale Musik. Chopin: Impromptu Fis-dur, Preludien in Fis-moll und B-moll. **Steinway-Flügel** aus dem Lager von **H. Maurer, Karlsruhe,** Kaiserstr. 176. Vorverkauf bei **Müller, Neufeldt, Tafel** und im **Munzschen Konservatorium.**

Badisches Landestheater

Sonntag, den 29. Nov. 1931

Nachmittags

3. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Nina

Komödie von Bruno Frank

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Erwig, Rademacher, Seiling, Hebeisen, Heber, Brand, Dahlen, Herz

Anfang 15¼ Ende 17¼

Preise (0,50—2,90 *RM*)

Abends

*B 10. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte

Die Maske

Oper von Jenö Hubay

Dirigent: Krips

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blank, Haberkorn, Winter, Falke, Friedrich, J. Grötzinger, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Nentwig, Oerner, Schöpflin, H. Rivinius

Anfang 19½ Ende geg. 22

Preise E (1—6,30 *RM*)

Montag, den 30. Nov. 1931

Volksbühne:

Novembervorstellung

Tiefland

Musikdrama von d'Albert

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Pruscha

Mitwirkende:

Fanz, Fischbach, Haberkorn, Winter, Tubach, J. Grötzinger, Hospach, Kiefer, Löser, Oerner, Strack

Anfang 19½ Ende geg. 22

Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten

Preise D (0,90—5,70 *RM*)

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 29. Nov. 1931

Frauen haben das gern

Schwank-Operette von Walter Kollo

Dirigent: Stern

Regie: Herz

Mitwirkende:

Bertram, Genter, Jank, Rademacher, Seiling, Hofer, Brand, Ernst, Kloeble, P. Müller

Anf. 19½ Ende nach 21½

I. Parkett 2,60 *RM*

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim

Bei der heute vorgenommenen **Verlosung** von 4½%igen Liquidations-Goldpfandbriefen und Certificaten wurden die Pfandbriefe der Reihen 695, 780 und 2841 und die Certificate der Reihe 3006 gezogen. Die Rückzahlung erfolgt zum Nennwert ab **2. Januar 1932,** bei den Pfandbriefen gegen Rückgabe der Stücke und der nichtfälligen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein, bei den Certificaten gegen Rückgabe der Stücke zu 40 *RM* und 30 *RM* der Reihe 3006 bei unserer Kasse und den sonstigen Einlösungsstellen. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endigt am **2. Januar 1932,** für die gelosten Certificate wird der Zins vom 2. Januar 1930 bis 2. Januar 1932 mit vergütet.

Von der zur Heimzahlung auf **1. Juli 1928** ausgelosten **Reihe 881** sind noch die Nummern 30059, 30501, 30604, 30605 und 30606 rückständig, während von den zur Heimzahlung auf **1. Juli 1931** ausgelosten Reihen 590, 854, 4505 und 3008 eine erhebliche Anzahl Stücke bzw. von der Reihe 3008 Certificate noch nicht zur Einlösung gekommen sind.

Mannheim, den 27. November 1931. L.588

Rheinische Hypothekenbank.

B.424. **Karlsruhe.** Über das Vermögen des **Hans Sattler,** Inhaber des Kaffee des Westens in Karlsruhe, Kaiserallee 3, wurde heute mittag 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Ernst Weil, Karlsruhe, Ritterstr. 5. Konkursforderungen sind bis 8. Januar 1932 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: **Freitag, den 18. Dezember 1931, nachmittags 4½ Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: **Freitag, den 22. Januar 1932, nachmittags 4½ Uhr** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 8. Januar 1932 anzuzeigen. Karlsruhe, den 25. November 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Inserieren bringt Gewinn!

Spendet für die Kinder-Weihnachtsbescherung!

Noch ein paar Wochen trennen uns von dem Weihnachtsfest, dem Fest der Freude, das tätige Menschenliebe in aller Herzen entzündet.

Tausende von armen Kindern

unserer Stadt werden an diesem Feste nur Not und Elend schauen, keine Weihnachtsfreude wird ihnen im Kreise der Eltern bereitet werden, keine Christbaumlichter ihnen brennen. Diesen Armen gilt es auch in diesem Jahre wieder eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.

In den letzten Jahren konnten dank der Mildtätigkeit der hiesigen Bevölkerung für 1100 Kinder gemeinsame Weihnachtsbescherungen unter dem brennenden Christbaum in der Festhalle abgehalten werden.

Die Vereinigung der Karlsruher Zeitungsverleger

ruft die Karlsruher Bevölkerung

zur Unterstützung einer Weihnachtsbescherung der armen Kinder der Stadt Karlsruhe auf und eröffnet hiermit die diesjährige öffentliche Sammlung. Arbeitslosigkeit und Krankheit haben in vielen Familien Sorge und Elend gebracht. Trotz der Not der Zeit ist daher Pflicht aller derjenigen, die noch imstande sind ihre Arbeitskraft nutzbringend zu verwenden, hier zu helfen.

Das Weihnachtsfest öffne die Herzen und Hände!

Spendet vor allem warme Kleider und Wäsche, bringt unverderbliche Lebensmittel herbei, öffnet die Geldbörsen an Biertischen, bei Vereinsfestlichkeiten, und wo sich sonst Gelegenheit bietet. Niemand in der ganzen Stadt sollte in diesem Jahre im eigenen Heime Lichter des Christbaumes anzünden, der nicht sein Scherflein für die Kinderweihnachtsbescherung beigetragen hat.

Am heiligen Abend soll der notleidende Teil der Bevölkerung das Gefühl haben, daß alle gemeinsam das schwere Schicksal tragen wollen. Darum

gebet für die hungernden und frierenden Kinder!

Laßt die sehnsüchtigen Blicke der armen Kinder nach den Weihnachtsauslagen der Geschäfte nicht unerfüllt.

Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz hat sich auch in diesem Jahre bereit erklärt, gemeinsam mit der Karlsruher Lehrerschaft die Organisierung der Weihnachtsbescherung zu übernehmen. Die Stadtverwaltung hat den großen Festhallesaal wiederum kostenlos zur Verfügung gestellt.

Naturalien und Kleiderspenden, auch Geldgaben sollen an die Geschäftsstelle des Badischen Frauenvereins, Zweigverein Karlsruhe, Stephanienstraße 74 mit der Aufschrift „Weihnachtsgabe für die Karlsruher Kinderweihnachtsbescherung" abgegeben werden.

Für Geldspenden liegen Einzeichnungslisten in den Geschäftsstellen der unterzeichneten Zeitung **zur** reichlichen Benützung auf. Über alle Spenden wird öffentlich in der Zeitung quittiert.

Die Auswahl der zu beschenkenden Kinder erfolgt durch den Badischen Frauenverein im Benehmen mit der Lehrerschaft der Karlsruher Schulen und dem Städt. Fürsorgeamt. **Anmeldungen von Kindern** zur Weihnachtsbescherung können nur in den Schulen bei der Lehrerschaft erfolgen.

Die Sammlung für die Kinderbescherung findet im Rahmen der Karlsruher Notgemeinschaft statt.

Leuchtende Kinderaugen

werden allen Spendern tausendfach danken. Darum gebt alle rasch und reichlich.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz

Zweigverein Karlsruhe

Druck G. Braun, Karlsruhe